

Drei Wohnvorlagen kommen ins Parlament

National- und Ständerat werden sich bald mit drei Vorlagen zum gemeinnützigen Wohnbau befassen: EGW, Fonds de Roulement und Kostenmietmodell. Martin Tschirren, Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen, informierte an der DV über die Eckpunkte.

Zur Stossrichtung dieser drei Vorlagen sagt Tschirren: «Der Bundesrat will mit den bewährten Instrumenten die Voraussetzungen schaffen, damit Genossenschaften zielgerichtet und wirkungsvoll ihre Beiträge zur Linderung der Wohnungsknappheit leisten können.» Angesichts des knappen Wohnraumangebots und der gestiegenen Mieten sei das Engagement der Wohnbaugenossenschaften unverzichtbar.

Fonds de Roulement

Bereits Ende Januar hat der Bundesrat beschlossen, dass der Fonds de Roulement für die Jahre 2030 bis 2034 um zusätzliche 150 Millionen Franken aufgestockt werden soll. Die Aufstockung ist eine Begleitmassnahme gegen die Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!». Der Bundesrat empfiehlt diese Initiative zur Ablehnung, will aber mit Begleitmassnahmen den Sorgen der Bevölkerung Rechnung tragen. Die Botschaft soll bis Ende September zuhanden des Parlaments verabschiedet werden.

EGW-Bürgschaften

Neben dem Fonds de Roulement wird sich das Parlament mit dem zweiten, bewährten Instrument im gemeinnützigen Wohnungsbau befassen: die Bürgschaften für die Emmissionszentrale gemeinnütziger Bauträger EGW. Wobei diese Vorlage genau genommen nicht spektakulär ist. Vielmehr handelt es sich um die Fortschreibung der bisherigen Eventualverpflichtungen. Konkret wird es jetzt um den Verpflichtungskredit für

Bürgschaften für die Jahre 2027 bis 2033 gehen. Der Zeitplan sieht laut Bundesamt für Wohnungswesen vor, dass Ende Jahr die Botschaft des Bundesrats an das Parlament vorliegt.

Modell Kostenmiete

Die dritte Vorlage ist die Revision des Wohnraumförderungsgesetzes WFG. Dabei geht es vorerst um eine Gesetzesanpassung für die gesetzliche Grundlage zur Anwendung des Kostenmietmodells. Die konkrete Ausgestaltung des Mietzinsmodells – welche Elemente soll es umfassen und wie sind sie festgelegt? – ist anschliessend auf Verordnungsstufe zu regeln. Dazu wird es bei den Verbänden und Anspruchsgruppen eine Vernehmlassung geben. «Dieser Prozess dauert noch etwas», so Tschirren.

Vom runden Tisch ...

Die drei parlamentarischen Vorlagen sind für die alltägliche Arbeit der Baugenossenschaften sehr wichtig. Und sie stehen im Einklang mit dem runden Tisch Wohnungsknappheit, den bekanntlich Bundesrat Guy Parmelin zwei Mal einberufen hatte. Dabei haben sich alle Beteiligten auf die drei Stossrichtungen geeinigt:

- Innenverdichtung erleichtern und qualitativ umsetzen
- Verfahren stärken und beschleunigen
- Genügend preisgünstigen und bedarfsgerechten Wohnraum schaffen

... zum Aktionsplan

Darauf basierend wurde der Aktionsplan Wohnungsknappheit mit 35 Massnahmen erarbeitet. «Eine erste Massnahme ist bereits umgesetzt, und zwar jene, die den gemeinnützigen Wohnbauträgern besonders wichtig ist», so Tschirren: die Anpassung der Darlehensbedingungen und die angepassten Kostenlimiten (dazu mehr auf Seite 26). Noch diesen Sommer will der Bund einerseits die Studie über das Rechtsmittelsystem im öffentlichen Baurecht und andererseits die Vollzugshilfe zur Interessenabwägung vorlegen. Weitere Studien und Projekte laufen parallel und werden laufend veröffentlicht.

Kurt Bischof



Martin Tschirren, Direktor des Bundesamtes für Wohnungswesen, kündigte eine Reform des Kostenmiete-Modells an.

Bild: Nadja Schärli

Résumé

Lors de l'AD de LOGEMENT SUISSE, le directeur de l'OFL Martin Tschirren a esquissé la ligne politique de la Confédération contre la pénurie de logements: trois projets parlementaires – sur la CCL, le Fonds de roulement et le modèle de loyer basé sur les coûts – doivent permettre de renforcer de manière ciblée des instruments qui ont fait leurs preuves. Ces mesures font partie du plan d'action contre la pénurie de logements et mettent en œuvre les résultats de la table ronde organisée par le conseiller fédéral Guy Parmelin. Dans ce contexte, la construction de logements d'utilité publique reste un élément clé de la stratégie de la Confédération.